



Presseschau vom 28.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Europäische Rundfunkunion nimmt Stellung zu Ukraine-Verzicht auf ESC-Teilnahme**

Die Europäische Rundfunkunion (EBU) hat die jüngste Entscheidung der Ukraine über ihre Nichtteilnahme am Eurovision Song Contest (ESC) in Israel kommentiert.

Jeder teilnehmende Sender ist laut der offiziellen Mitteilung für die Wahl seines Vertreters für den ESC entsprechend den von der EBU festgelegten Regeln verantwortlich.

„Mit Betrübnis kann die EBU bestätigen, dass die Nationale öffentliche Rundfunkgesellschaft der Ukraine informiert hat, dass sie nach langen Diskussionen eine schwere Entscheidung über die Nichtteilnahme am Eurovision Song Contest 2019 getroffen hat“, heißt es weiter. Darüber hinaus betonte die Organisation, dass die EBU und die ukrainische Rundfunkgesellschaft weitere Diskussionen fortsetzen würden, „wir hoffen darauf, sie im Jahre 2020 wiederzusehen“.

Gestern war berichtet worden, dass die Ukraine in diesem Jahr nicht beim Eurovision Song Contest vertreten sein werde, nachdem ein Musiker nach dem anderen die Teilnahme am Wettbewerb abgesagt hatte.

Zunächst verzichtete die Sängerin Maruv, die den nationalen Vorentscheid gewonnen hatte, auf ihre Teilnahme. Die 27-Jährige sprach von einem Knebelvertrag mit der Nationalen öffentlichen Rundfunkgesellschaft und sagte, sie wolle sich nicht politisch instrumentalisieren lassen.

Danach teilte der Finalist der ukrainischen nationalen Auswahl, die „Freedom-Jazz girls

band“, mit, dass die Gruppe auf den Vorschlag des Nationalen öffentlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmens der Ukraine verzichtet habe, das Land bei dem internationalen Musikwettbewerb zu vertreten.

Später erklärte die Band Kazka, die den dritten Platz belegte, dass sie auch nicht zum ESC fahren werde. An demselben Tag schrieb ein weiterer Finalist des Vorentscheids, Brunettes Shoot Blondes, in sozialen Netzwerken, dass die Band im Fall eines entsprechenden Vorschlags seitens des Nationalen öffentlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmens auf die Teilnahme am ESC verzichten würde.

Neben Maruv, Freedom-Jazz Girls Band, Kazka und Brunettes Shoot Blondes beteiligten sich am Finale des ukrainischen Vorentscheids für den Eurovision Song Contest 2019 auch Yuko und Anna Maria.

Zuvor war berichtet worden, dass die Frontfrau von YUKO, Julia Jurina, russische Staatsbürgerin sei.

Die Geschwister Anna und Maria Opanasjuk vom Duo Anna Maria haben im Gespräch mit dem ukrainischen TV-Sender ATR die Halbinsel Krim nicht als Teil der Ukraine anerkannt und wurden deswegen von einem Anrufer beschimpft.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30967/49/309674961.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Tonnen Gold in Venezuela verschwunden – Reuters**

Mindestens acht Tonnen Gold sind in der vergangenen Woche aus Tresorräumen der venezolanischen Zentralbank verschwunden. Dies berichtet Reuters unter Berufung auf Regierungs- und Oppositionsquellen.

Das Gold soll mit einem Regierungsfahrzeug zwischen Mittwoch und Freitag abtransportiert worden sein, während der Chef der Zentralbank, Calixto Ortega, auf einer Auslandsreise gewesen sei.

Laut einem Sprecher aus der Opposition könnte das Edelmetall „illegal im Ausland verkauft“ werden. Die Zentralbank verzichtete auf Kommentare.

Anfang Februar war berichtet worden, dass das türkische Unternehmen Sardes Gold im Wert von 900 Millionen US-Dollar aus Venezuela herausgeholt habe. Die Firma Sardes tauchte im Dezember 2017 auf, also zwei Monate nachdem sich der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro mit seinem Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Ankara getroffen hatte. ...

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen siebenmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Shelobok, Sheltoje, Losowoje, Sokolniki** sowie die **Umgebung des Denkmals des Fürsten Igor** bei Staniza Luganskaja.

Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Gipfel in Hanoi: Trump und Kim erzielen keine Einigung**

Der Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un ist ohne Ergebnis abgebrochen worden. Donald Trump wird allein vor die Presse treten. Kim soll bereits auf dem Rückweg sein.

Offenbar konnten Trump und Kim an ihrem zweiten Tag des gemeinsamen Gipfels keine Einigung erzielen. Mehr noch: auch eine gemeinsame Pressekonferenz hatte es nicht gegeben, zudem ist ein ursprünglich geplantes gemeinsames Arbeitsessen gestrichen worden.

Das US-Präsidialamt versucht sich dennoch in Beschwichtigung und teilt mit: Beide Staatsmänner hätten bei dem sehr guten und konstruktiven Treffen über verschiedene Möglichkeiten gesprochen, wie der Abbau von Atomwaffen und die wirtschaftliche Entwicklung Nordkoreas erreicht werden könnten.

Das Weiße Haus hatte für Donnerstag eigentlich die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung durch Trump und Kim angekündigt.

US-Präsident Donald Trump hat mittlerweile vor der Presse ausgesagt, warum der Gipfel beendet worden ist.

Unter anderem sei es um die Frage der Sanktionen gegangen. Kim habe die Aufhebung aller Sanktionen gefordert, Trump habe dies abgelehnt, jedoch versichert, dass Gespräche weiter geführt werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32413/18/324131853.jpg>

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 27. Februar 3:00 Uhr bis 28. Februar 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Spartak, Krutaja Balka.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern das Territorium der Donezker Filterstation im Gebiet der Chlorierungswerkhalle beschossen.

Opfer und den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 23.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 165.

Ab 01:01Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: Wegen US-Embargo: Caracas steigert Ölexporte nach Europa und Indien – Medien

Venezuela hat nach Angaben der Zeitung „The Wall Street Journal“ seine Ölexporte nach Indien und Europa aufgestockt, um die Folgen der US-Sanktionen abzufedern.

Demnach sind die Exporte von venezolanischem Öl in die USA im Februar von 484.000 Barrel auf 149.000 Barrel pro Tag geschrumpft.

Wie das Unternehmen Kpler, das die Bewegungen von Öltankern verfolgt, mitteilte, habe Caracas einen Teil des nicht in die USA gelieferten Öls nach Indien geschickt.

Dabei sei der Ölexport nach Spanien und Schweden auf dem bisherigen Niveau geblieben. Nach Großbritannien sei der Ölexport um 11.000 Barrel pro Tag gestiegen.

Am 15. Februar hatten die USA ihre Sanktionen gegen Venezuela erweitert. Damals wurden unter anderem Einschränkungsmaßnahmen gegen den venezolanischen Ölminister und Vorsitzenden der Petróleos de Venezuela S.A. (PDVSA), Manuel Quevedo, beschlossen.

Ende Januar hatten die USA die Sanktionen gegen die PDVSA verhängt, die die größte Erdölgesellschaft Lateinamerikas und Venezuelas größter Exporteur ist.

Am 23. Januar 2019 hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während Protesten zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die USA sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef anerkannt. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Präsident Nicolás Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putsch-Versuch sprach.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30728/56/307285619.jpg>

Dan-news.info: „Seit dem Morgen ist es in der Stadt und in der Umgebung sehr laut. Es wurden bereits Schäden festgestellt. In der Schaschurin-Straße wurden drei Häuser und eine Gasleitung beschädigt“, teilte der Bürgermeister von **Gorlowka** Iwan Prichodko mit. Nach seinen Worten gibt es keine Toten und Verletzten infolge des Beschusses. Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung sind vor Ort.

de.sputniknews.com: **Trump und Pompeo kommentieren Gipfel-Abbruch mit Kim**

US-Präsident Donald Trump hat das Treffen mit dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un in Hanoi als „produktiv“ gelobt. Doch alle US-Sanktionen gegen Pjöngjang bleiben weiterhin bestehen, obwohl Nordkorea eine komplette Aufhebung anstrebt. Das teilte Trump auf der Pressekonferenz am Donnerstag mit.

„Wir haben über Sanktionen gesprochen. Nordkorea wollte, dass wir alle Sanktionen aufheben. Wir können das aber nicht tun“, sagte Trump. Dabei betonte er, dass Pjöngjang zu Zugeständnissen in Fragen der Denuklearisierung bereit gewesen sei.

Beide Seiten hätten beschlossen, keine Abkommen zu unterzeichnen. „Wir werden weiter arbeiten und sehen“, so Trump. Kim habe bestimmte Vorstellungen, die nicht in allem mit den Vorstellungen der USA übereinstimmen.

„Seine Vorstellungen sind aber unseren Vorstellungen näher geworden als vor einem Jahr“, so der US-Präsident.

Trump erklärte außerdem, dass Nordkorea keine Atom- und Raketentests mehr durchführen wird. „Ich vertraue ihm und nehme ihn beim Wort.“

Laut dem US-Außenminister Mike Pompeo war Kim nicht bereit, „mehr zu tun“, obwohl beim Treffen ein „großer Schritt auf dem Weg zu dem gemacht wurde, was die zwei Staatschefs in Singapur vereinbart hatten“.

„Leider sind wir zu nichts gekommen, was Sinn für die USA hat“, sagte Pompeo nach dem Treffen.

„Ich glaube, dass Kim hoffte, dass wir das tun werden. Wir baten ihn, mehr zu tun. Er war dazu nicht bereit“.

Ein Abkommen mit Pjöngjang würde laut Trump internationale Inspektionen der Atomanlagen in Nordkorea ermöglichen. Die USA würden über Angaben über einige Objekte und konkrete Orte verfügen, die der Öffentlichkeit nicht bekannt seien, sagte Trump. Kim habe diesen Inspektionen zugestimmt.

Trump unterstrich auch die bedeutsame Rolle Russlands und Chinas in der Sanktionspolitik gegenüber Pjöngjang. „China leistet große Hilfe. Russland leistet auch große Hilfe.“

Über ein mögliches nächstes Treffen mit Kim wollte Trump keine Angaben machen. Es stehe kein Termin fest.

Dan-news.info: „Heute Nacht um 1:30 Uhr wurde durch Beschuss seitens der ukrainischen Streitkräfte ein Haus in der Pobeda-Straße 7 in der Ortschaft Krasnyj Partisan beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung von **Jasinowataja** mit.

Informationen über Folgen des Beschusses werden noch ermittelt.

Vertreter der DVR im GZKK sind vor Ort.

de.sputniknews.com: **USA: Kongressabgeordnete wollen Putins Vermögen ans Licht bringen lassen**

Zwei Mitglieder des US-Repräsentantenhauses, die republikanische Senatorin Elise Stefanik und die Demokratin Val Demings, haben dem Kongress einen Gesetzentwurf vorgelegt, der

dem amerikanischen Geheimdienst vorschreiben soll, Angaben über die finanziellen Vermögenswerte des russischen Präsidenten zusammenzustellen.

Die Abgeordneten haben einen Gesetzentwurf unter dem Titel „Über die Transparenz gegenüber Wladimir Putin“ ausgearbeitet, wie einer auf der Website von Stefanik veröffentlichten Mitteilung zu entnehmen ist.

Laut den Gesetzgebern könnte die Untersuchung der „geheimen Finanzen“ von „Putin und seinen Verbündeten“ eine Antwort auf die Versuche Moskaus sein, „die Demokratie in der ganzen Welt zu schwächen“.

„Der beste Weg, um die Macht Putins und seiner Anhänger anzugreifen, ist die Jagd auf die illegalen und geheimen Finanzströme, die ihre Aktivitäten unterstützen. Es ist an der Zeit, zurückzuschlagen und unsere Demokratie zu verteidigen“, heißt es in einer Erklärung Demings´.

Sie erinnerte daran, dass bereits 26 Russen und drei russische Unternehmen in den Vereinigten Staaten beschuldigt wurden, sich in die US-Präsidentenwahlen 2016 eingemischt zu haben. Demings zufolge hat die derzeitige Regierung jedoch unzureichende Anstrengungen unternommen, um „zukünftige Angriffe zu verhindern“.

Am 27. Februar hat der US-Kongress auf seiner Website einen aktualisierten Gesetzentwurf veröffentlicht, der die Verhängung zusätzlicher Sanktionen gegen Russland vorsieht (Defending American Security from Kremlin Aggression Act, DASKA).

In einem halben Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes würden unter die Sanktionen auch russische „Politiker, Oligarchen und andere geraten, die illegale und korrupte Handlungen direkt oder indirekt im Namen von Präsident Wladimir Putin fördern“, heißt es im Dokument. Der Kongress plant, einen Report „über das persönliche Vermögen und die Aktiva von Wladimir Putin“ zu bekommen.

de.sputniknews.com: **Trump über Russlands und Chinas Rolle bei Nordkorea-Verhandlungen**

US-Präsident Donald Trump hat Russlands und Chinas Beitrag zur Regelung der Probleme auf der Korea-Halbinsel hoch eingeschätzt.

„China ist der größte Geber an Nordkorea, 93 Prozent der Hilfe für Nordkorea kommt immer noch aus China“, sagte Trump nach dem Treffen mit Kim Jong-un in Hanoi am Donnerstag. Peking habe dort großen Respekt und helfe viel bei der Regelung.

Auch die Rolle Russlands sei groß. „Russland hat eine gemeinsame Grenze mit Nordkorea, etwa 28 Meilen lang, eine kurze Strecke. Dort kann aber auch vieles passieren. Russland hilft recht viel“, sagte Trump.

Der Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un ist ohne Ergebnis abgebrochen worden. Die zwei Staatschefs haben kein Abkommen unterzeichnet, obwohl dies auf der Tagesordnung des Weißen Hauses stand. Mehr noch: auch eine gemeinsame Pressekonferenz hat es nicht gegeben, zudem ist ein ursprünglich geplantes gemeinsames Arbeitsessen gestrichen worden.

Die Verhandlungen sollen aber fortgesetzt werden, wie die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, erklärte.

de.sputniknews.com: **So reagiert Bundesaußenminister Maas auf Gipfelabbruch von Kim und Trump**

Der Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un ist abrupt zu Ende gegangen, eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Nun hat Bundesaußenminister Heiko Maas darauf reagiert.

Maas erklärte im ZDF-„Morgenmagazin“ am Donnerstag, dass er das Scheitern des zweiten Gipfels von US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un bedauere.

„Wenn es gelungen wäre, Nordkorea dazu zu veranlassen, sein Atomprogramm zu beenden und seine Atomwaffen zu verschrotten, wäre die Welt ein großes Stück sicherer geworden“, so Maas.

Das Ergebnis des Treffens von Hanoi müsse noch bewertet werden.

„Aber sollte es so sein, dass es insbesondere was die Denuklearisierung angeht, kein Ergebnis gegeben hat, ist das ganz sicherlich eine schlechte Nachricht für die Welt.“

Auf jeden Fall sollten die Gespräche weiter fortgeführt werden.

Der deutsche Außenminister ist derzeit in Mali, wo er die dort stationierten Bundeswehr-Soldaten besucht und sich einen Überblick über die dortige Sicherheitslage verschafft.

Zum „Morgenmagazin“ wurde er per Live-Stream zugeschaltet.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Durch Beschuss von Seiten der BFU (am 27.2.) aus Richtung Dershinsk (Siedlung des Jushnaja-Bergwerks) in Richtung Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks) mit Mörsern wurde ein ziviler Einwohner von Gorlowka, geb. 1955, verletzt.

Heute, am 28. Februar, wandte sich der Mann an ein Krankenhaus, wo er die notwendige ärztliche Hilfe erhielt.

de.sputniknews.com: **Trump: Alle Sanktionen gegen Nordkorea bleiben in Kraft**

Die gegen Nordkorea verhängten Sanktionen bleiben laut dem US-Präsidenten Donald Trump trotz Pjongsangs Wunsch bestehen, dass die USA alle restriktiven Maßnahmen aufheben.

„Sie (Nordkorea – Anm.d. Red.) wollten, dass alle Sanktionen aufgehoben werden, aber wir konnten es nicht tun. Sie wollten einen großen Teil des Territoriums denuklearisieren, was auch wir wollten. Jedoch können wir nicht auf alle Sanktionen dafür verzichten“, sagte Trump auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen mit Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un in Hanoi.

„Alle Sanktionen bleiben bestehen“, so Trump. Dabei betonte er das wirtschaftliche Potenzial der Demokratischen Volksrepublik Korea und verließ der Hoffnung Ausdruck, dass die beiden Länder Freunde werden.

„Dies (die Streitigkeiten – Anm. d. Red.) hat mit den Sanktionen nichts zu tun gehabt. Sie wollten, dass wir die Sanktionen aufheben, aber sie wollten keine Zugeständnisse dort machen, wo wir es wollten. Sie wollten in bestimmten Bereichen Zugeständnisse machen, aber nicht in den Bereichen, in denen wir es wollten“, sagte Trump.

Zuvor erklärte die Sprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, dass Trump und der Staatschef Nordkoreas, Kim Jong-un, keine Einigung im Ergebnis ihrer Gespräche erzielen konnten. Die Kontakte zwischen den beiden Delegationen würden jedoch in Zukunft fortgesetzt werden. Ihr zufolge war das Gipfeltreffen „gut und produktiv“.

Der USA-Nordkorea-Gipfel in Hanoi endete früher als offiziell angegeben worden war. Zudem ist kein gemeinsames, im Zeitplan des Weißen Hauses angekündigtes Dokument unterzeichnet worden.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Trump beantwortet Sputnik-Frage – westliche Medien empört**

Journalisten einiger westlicher Medien haben ihre Empörung geäußert, nachdem ein Sputnik-Korrespondent dem US-Präsidenten Donald Trump bei der Pressekonferenz in Hanoi eine Frage gestellt hatte, und mehr noch – dass Trump diese Frage beantwortete.

Ein Sputnik-Korrespondent fragte Trump, ob US-Experten nordkoreanische Atoanlagen inspizieren können. Laut Trump sei das kein Problem, sie verfügten über notwendige Technologien dafür.

„Russlands Propaganda-Agentur Sputnik hat Trump gerade eine Frage gestellt“, schrieb Hunter Walker, ein Journalist von Yahoo News, der zum Reporterpool des Weißen Hauses gehört, via Twitter.

An seinen Beitrag hängt er einen Link auf einen Yahoo-Artikel über die angebliche „Geheimtätigkeit von russischen Nachrichtenagenturen in den USA“ an.

„Trump hat sich erdreistet, eine Frage des russischen Unternehmens Sputnik zu beantworten. Natürlich“, schrieb Simon Marks, Präsident und Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Feature Story News.

Harry Horton vom Reporterpool des Weißen Hauses lenkte darauf ebenfalls die Aufmerksamkeit: „Trump beantwortet derzeit eine Frage der russischen Nachrichtenagentur Sputnik.“

Der CNN-Journalist Jim Acosta, dem zuvor zeitweilig die Beteiligung an den Pressekonferenzen verboten wurde, betonte, dass Vertreter von Staatsmedien Russlands und Chinas Trump Fragen gestellt hätten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32414/27/324142710.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.02.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von drei Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj das **Gebiet des Gagarin-Bergwerks** mit Mörsern der Kaliber 120mm und 82mm beschossen. Insgesamt wurden 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

Heute haben die BFU das Feuer mit Mörsern des Kalibers 120mm auf **Gorlowka** eröffnet.

Dabei wurden folgende Mehrparteienwohnhäuser beschädigt: Stadtteil Komarowo Schaschurin-Straße 15 und 17. Außerdem wurde eine Niederdruckgasleitung beschädigt.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk aus die Gebiete von **Krutaja Balka** und des **Donezker Flughafens** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Mit erwidernem Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die Feuerstellungen des Gegners vernichtet.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte betragen vier Verletzte, nach uns vorliegenden Informationen starb einer von ihnen später im Krankenhaus.

Verluste unter dem Personal der Volksmiliz gibt es nicht.

Ein weiteres Mal wird in einem OSZE-Bericht erwähnt, dass eine **Drohne der Mission von Seiten der BFU unterdrückt** wurde, um die rechtswidrige Stationierung von Waffen und Militärtechnik entlang der Kontaktlinie zu verheimlichen. Zuvor, am 24. Februar 2019, wurde infolge der Verwendung von Mitteln der elektronischen Kriegsführung von Seiten der BFU eine Drohne der Mission zur Landung gezwungen. Die Beobachter der Mission wandten sich an die Vertretung der DVR im GZKK mit der Bitte, bei Suchmaßnahmen Unterstützung zu leisten. In kürzester Zeit wurde diese Drohne durch Soldaten der Volksmiliz der DVR gefunden und der OSZE-Mission übergeben.

Zur Überprüfung von Fällen massenhaften Diebstahls an Treibstoff sowie von Fällen der Vergiftung von Soldaten durch abgelaufene Lebensmittel hat der Generalstab der BFU geplant, gemeinsam mit der Militärstaatsanwaltschaft eine Kommission zur Inspektion des rückwärtigen Dienstes in die Zone der Strafoperation zu schicken. Im Vorfeld ihres Besuchs ist eine Aktivierung der rückwärtigen Dienste in den Brigaden an der gesamten Kontaktlinie festzustellen. Im Verantwortungsbereich des 15. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Torezk wurde die Ankunft einer Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ festgestellt. Gemäß ihren Anweisungen wird im Eilverfahren Material in die Einheiten geliefert, um die Fehlbestände in den Lagern auszufüllen. Diese Anweisungen zeugen davon, dass sich das Kommando der OOS in einer kriminellen Absprache mit den Brigadekommandeuren bezüglich des Diebstahls von militärischem Eigentum befindet. Wir stellen weiter nicht kampfbedingte Verluste des Gegners fest. In den letzten 24 Stunden erlitt ein Soldat aus der 79. Luftsturmbrigade im Gebiet von Wodjanoje eine Splitterverletzung aufgrund unvorsichtigen Umgangs mit einer RGD-5 Granate. Und im 3. Bataillon der 24. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka entstand aufgrund von nicht richtiger Verwendung von Heißwassergeräten ein Brand in einem Unterstand, in der Folge erlitten zwei Soldaten unterschiedlich schwere Brandverletzungen.

de.sputniknews.com: **Sacharowa lüftet Pläne von Al-Nusra-Kämpfern in Syrien**

Kämpfer der Terrormiliz Al-Nusra-Front (Dschabhat an-Nusra) versuchen, Zonen ihres Einflusses in Syrien auszuweiten und Idlib vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Dies sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Eine der Hauptbedrohungen für die Sicherheit und Stabilität Syriens geht von Terroristen der Nusra-Allianz Hai'at Tahrir asch-Scham aus, die fast die ganze Idlib-Deeskalationszone kontrollieren“, so Sacharowa.

Feldkommandeure der Kämpfer ergreifen demnach Maßnahmen zur Umgruppierung der mit Hai'at-Tahrir-asch-Scham verbündeten Gruppierungen, um die Offensivmöglichkeiten in die Richtungen Aleppo, Hama und die Berggebiete von Latakia erweitern zu können.

„Die Kämpfer planen, die Bereiche ihres Einflusses auszuweiten, Idlib vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen“, sagte sie weiter.

Die amtliche Sprecherin von Russlands Außenministerium betonte dabei, dass die Zahl von Verletzungen der Waffenruhe nicht sinke.

Zuvor hatte der russische Vize-Außenminister Sergej Werschinin mitgeteilt, dass die syrische Provinz Idlib „heute wohl die maximale Konzentration von Terroristen in der Region und wohl auch außerhalb ihrer Grenzen“ habe.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32414/14/324141437.jpg>

de.sputniknews.com: **In eigener Sache: SNA-Radio darf in Berlin nicht mehr senden**

Ab dem 1. März wird SNA-Radio, das Radioprogramm von Sputniknews, in Berlin und Brandenburg abgeschaltet. Der Sender MEGA Radio muss seinen Betrieb einstellen. Grund dafür ist eine Entscheidung der Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb). Wer das SNA-Radioprogramm hören möchte, kann das aber weiterhin tun.

Hörer benötigen dazu allerdings Internet. Die Entscheidung der Medienanstalt betrifft ausschließlich den Berliner DAB+-Kanal 7 B. In einer Pressemitteilung teilte die Behörde mit:

„Das Verwaltungsgericht Berlin und das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hatten in mehreren Entscheidungen bestätigt, dass der Sender im Rahmen des Eilrechtsschutzes keinen Anspruch auf Duldung bzw. vorläufige Zulassung für eine DAB+-Verbreitung in Berlin-Brandenburg hat. Auch das Bundesverfassungsgericht hat mehrere dagegen gerichtete Eilanträge zurückgewiesen. Damit wird die Entscheidung des Medienrates der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) vom 30. Januar 2018 umgesetzt, der den Antrag für eine DAB+-Kapazität in Berlin abgelehnt hatte.“

Die Entscheidung wird damit begründet, dass der Veranstalter „im Eilverfahren nicht glaubhaft darlegen“ konnte, dass die „Abschaltung (...) seine wirtschaftliche Existenz gefährdet“. Außerdem gibt es Beanstandungen des Geschäftsmodells zwischen Radio und Sender.

„Das Oberverwaltungsgericht hat zudem nach vorläufiger Einschätzung auch Zweifel an der Veranstaltereigenschaft von MEGA Radio geäußert, da der Sender in einem hohen Maße finanziell von dem staatlichen russischen Medienunternehmen Rossiya Segodnya (Russland heute) abhängig sei“, sagte mabb-Direktorin Dr. Anja Zimmer in der Pressemitteilung. Zum Verständnis: Rossiya Segodnya zahlt MEGA Radio für die tägliche Zulieferung von zwölf Stunden Radioprogramm eine Vergütung.

Entscheidung stößt auf Unverständnis

Sowohl bei MEGA Radio als auch bei SNA-Radio herrscht Unverständnis über die Entscheidung. „Ein Programm, das jahrelang in Berlin ohne jegliche Beanstandung gesendet hat, abzuschalten, ohne dass die juristische Frage, ob die Ablehnung der mabb rechtens und vor ordentlichen Gerichten abschließend geklärt ist, kann man als Schlag gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung bezeichnen“, sagte Peter Valentino, Geschäftsführender Gesellschafter von MEGA-Radio.

Aus seiner Sicht hätte der Sendebetrieb eines seit Jahren sendenden und beanstandungsfreien Programms bis zur abschließenden Klärung fortgeführt werden müssen. Es habe aber kein

Gerichtsverfahren gegeben, in dessen Rahmen MEGA Radio habe erklären dürfen, wie die Sendeleitung das Programm kontrolliere und wie die Zusammenarbeit zwischen Radio und Sender laufe. Es sei der mabb nur um die Abschaltung per Eilverfahren vor einem ordentlichen Gerichtsverfahren gegangen. Valentino setzt seine Kritik fort:

„Wenn die Meinungsvielfalt (heute immer noch als Pressefreiheit bezeichnet) angeblich eine der wichtigen Werte der westlichen Demokratien ist, dann sind damit anscheinend nicht alle gemeint. Jedenfalls kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Meinung Russlands in Berlin (politisch) wohl nicht erwünscht ist. Dabei hätte die Bevölkerung dieses Recht – aber diese wird ja nicht gefragt, sondern es wird von „oben“ entschieden, was die Menschen hören dürfen und was nicht.“

Auch Sputnik-Chefredakteur äußert Kritik

Auch die Kritik der inhaltlich Verantwortlichen geht in die Richtung. „Wir halten die Entscheidung, den Sendebetrieb von SNA-Radio in Berlin und Brandenburg einzustellen, für politisch motiviert. Die Zusammenarbeit zwischen SNA-Radio und MEGA-Radio basierte auf dem Prinzip maximaler Offenheit: Wir haben Zugang zum Content gewährt und waren bereit, diesen abzusprechen. Außerdem haben wir MEGA-Radio im Voraus die Inhalte der Sendungen zur Verfügung gestellt. Dabei haben die zuständigen Behörden der Bundesrepublik keinerlei formale Einwände gegen die Inhalte des SNA-Radioprogramms geäußert“, sagte Sergej Feoktistow, Chefredakteur von Sputniknews Deutschland und Programmverantwortlicher für SNA-Radio.

MEGA-Radio-Geschäftsführer Peter Valentino zieht einen Vergleich. „Es ist auch mehr als verwunderlich, dass in Moskau der deutsche Staatssender 'Deutsche Welle' ohne Kontrolle sein Programm senden kann – jedoch in Berlin ein deutsches Radiounternehmen, das die Zulieferung von SNA-Radio vor Aussendung kontrolliert, dies nun nicht mehr tun darf ...“ SNA-Radio ist weiter im Internet auf der Seite de.sputniknews.com zu hören. Auf der Webseite befindet sich im oberen Teil ein Button. Wer den klickt, der hört das Programm.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32414/23/324142362.jpg>

mil-Info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feuereinstellung siebenmal verletzt.**

Auf Befehl des Kommandeurs der 10. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Subanitsch wurden die Gebiete von **Shelobok** und **Sokolniki** mit 122mm-Artilleriegeschützen und 82mm-Mörsern beschossen.

Von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko das Gebiet von **Kalinowo** einem 82mm-Mörser beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Garas wurde das Gebiet von **Losowoje** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen.

Zur Behinderung der Trennung von Kräften und Mitteln hat der Feind den **Beschuss in Richtung Staniza-Luganskaja wieder aufgenommen**. Unsere Positionen im Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor wurden mit Schusswaffen beschossen, außerdem das Gebiet von Sheltoje mit 120mm-Mörsern. Den Befehl zur Durchführung der provokativen Beschüssen erteilt der Kommandeur der 25. Luftlandebrigade Oberst Sentschenko seinen Untergebenen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 50 Geschosse abgefeuert, davon 14 von einem Kaliber größer 100mm.

Der moralisch-psychische Zustand des Personals der ukrainischen Streitkräfte, die in der Zone der Operation der Besatzungskräfte eingesetzt sind, bleibt mangelhaft. Das unqualifizierte Team in Uniform des Selbst-PRlers Najew beherrscht die Lage in den ihm unterstellten Verbänden und Truppenteilen nicht.

Insbesondere in der 54. Brigade ist die Situation kritisch. Nach uns vorliegenden Informationen herrscht in diesem Verband vollständige Kontrolllosigkeit, es fehlt das geringste Verständnis von Seiten der Kommandeure der Einheiten darüber, wo sich das ihnen unterstellte Personal befindet, womit es befasst ist. Infolge dessen trinken die Soldaten zweifelhafte Getränke und nehmen Drogen. In betrunkenem Zustand verlassen sie die Positionen, geraten auf eigene Minen, verirren sich, überschreiten die Kontaktlinie und sterben durch Kugeln ihrer eigenen Kameraden, die ein solches Verhalten als Verrat aufnehmen, Selbstjustiz durchführen und sie in den Rücken schießen.

Im Zusammenhang damit hat der Stab der OOS die Arbeit von Kommissionen zur Überprüfung des Zustands in den Truppen unter Berücksichtigung der genannten Fakten aktiviert. In der 54. Brigade leitet der Kommandeur der Vereinigten Kräfte Generalmajor Golodjuk die Kommission.

Die Materialien zu Fällen von Desertion und Tod von Personal werden nicht veröffentlicht und auch gegenüber den Familien und Verwandten der Soldaten verheimlicht. Wegen des Fehlens von Informationen über vermisste Soldaten beunruhigen sich ihre Verwandten, dass sich die ukrainischen Soldaten in Gefangenschaft befinden könnten und versuchen, ihr Schicksal bei Vertretern der Volksrepubliken aufzuklären. Bei der Hotline einer der militärischen Behörden der LVR hat die Mutter eines Soldaten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte angerufen, die mitteilte, dass ihr Sohn sich schon seit zwei Wochen nicht mit ihr in Verbindung gesetzt hat. Sie versuchte, sich mit seinem Kommando in Verbindung zu setzen, aber erfolglos, ihre Anfrage wurde ignoriert.

Im Zusammenhang mit dem Verheimlichen von Informationen über Tod und Verschwinden von Soldaten durch das Kommando der OOS empfehlen wir den Verwandten sich direkt an den militärischen Rechtsordnungsdienst, die Staatsanwaltschaft und Polizeidienststellen zu wenden sowie an Militärkorrespondenten und Freiwillige, die dabei helfen, reale Informationen über Ihre Kinder und Männer, die von ihren Kommandeuren im Stich gelassen wurden, zu verbreiten.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR achten streng auf das Personal. Mit allen Soldaten arbeiten Psychologen. Für die Organisation des täglichen Lebens sind die Kommandeure der Einheiten unmittelbar verantwortlich.. Probleme mit der materiellen Versorgung der Soldaten gibt es nicht.

Die Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Verteidiger der Republik reagieren nicht auf Provokationen der ukrainischen Mörder. Wir sind weiterhin auf die Lösung des Konflikts am Verhandlungstisch ausgerichtet. Aber im Fall einer

Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse des Schutzes seiner Bürger zu handeln.

Mit diesem Ziel werden in den Einheiten der Volksmiliz der LVR Übungen zur Verbesserung der Fertigkeiten und der Kampffähigkeit durchgeführt.

de.sputniknews.com: **Russland bereit zur Hilfe für Indien und Pakistan im Anti-Terror-Kampf – Außenamt**

Russland bekräftigt seine Bereitschaft, die Bemühungen Indiens und Pakistans im Bereich Terrorismusbekämpfung vor dem Hintergrund der Verschärfung der Situation zwischen Islamabad und Neu-Delhi zu unterstützen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte sich zu diesem Thema in einem Briefing.

„Wir fordern die Seiten zu maximaler Zurückhaltung auf. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Beilegung umstrittener Fragen auf bilateraler Basis und mit Hilfe von politischen sowie diplomatischen Mitteln, aber auch gemäß den Bestimmungen des Simla-Abkommens von 1972 und der Deklaration von Lahore von 1999 erfolgen sollte. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, die Bemühungen Indiens und Pakistans im Bereich Terrorismusbekämpfung uneingeschränkt zu unterstützen“, sagte Sacharowa.

„Wir sind besorgt über die Eskalation der Spannungen in den Beziehungen zwischen Indien und Pakistan und das gefährliche Manövrieren der Streitkräfte beider Staaten an der Kontrolllinie, was eine direkte militärische Konfrontation nach sich ziehen kann“, fügte sie hinzu.

Am Mittwoch hatte die pakistanische Armee bekanntgegeben, zwei indische Militärflugzeuge abgeschossen zu haben, die den Luftraum des Landes in der umstrittenen Kaschmir-Region verletzt haben sollen. Das pakistanische Außenministerium erklärte, Zweck der Angriffe auf die indischen Flugzeuge im Kaschmir sei es gewesen, „den Wunsch und die Bereitschaft zur Selbstverteidigung zu demonstrieren“.

Später hatte auch das Außenministerium Indiens gemeldet, das indische Militär habe ein Flugzeug der pakistanischen Luftwaffe über der Kaschmir-Region abgeschossen. Zudem wurde bestätigt, dass infolge des Vorfalls eine indische MiG-21 „verloren“ worden sei. Der Pilot gelte als vermisst.

Die Krise in den Beziehungen zwischen Indien und Pakistan hatte sich nach dem 14. Februar verschärft, als sich ein Selbstmordattentäter neben einem paramilitärischen Konvoi im nordindischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir in die Luft sprengte. Dabei wurden 45 Menschen getötet. Die islamistische Gruppierung „Jaish-e Mohammed“ hatte die Verantwortung für den Selbstmordanschlag übernommen.

Daraufhin hatte Indien Pakistan beschuldigt, terroristische Gruppen zu unterstützen.

Islamabad wiederum hatte diese Vorwürfe als „unbegründet“ zurückgewiesen und Neu-Delhi vorgeschlagen, eine gemeinsame Untersuchung des Vorfalls durchzuführen.

Der Zwischenfall erschwerte die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Neu-Delhi und Islamabad und brachte die Region erneut an den Rand eines militärischen Konflikts.

de.sputniknews.com: **„Terroristen-Herde werden unterdrückt“: Putin meldet Stabilisierung in Syrien**

Die Situation in Syrien hat sich laut dem russischen Staatschef Wladimir Putin stabilisiert. Es gebe noch einzelne Terroristen-Herde, die unterdrückt würden.

„Die Situation hat sich stabilisiert. Es gibt noch einzelne Widerstandsherde von Terroristen, die unterdrückt werden. Ich denke, dass dies in nächster Zeit endgültig erfolgen wird“, sagte Putin am Donnerstag gegenüber Journalisten.

Es gebe eine Idlib-Sicherheitszone. Auch am rechten Euphrat-Ufer sei alles stabil.

„Daran muss man arbeiten. Wir haben gestern mit dem israelischen Premier Benjamin

Netanjahu darüber geredet ...“, so Putin.

Zudem ging Putin auf die Idee zur Bildung einer Struktur ein, die für die endgültige Normalisierung in Syrien nach dem endgültigen Sieg über die Terroristen zuständig sein soll. „Was eine Arbeitsgruppe anbelangt, so besteht die Idee darin, dass eine solche Arbeitsstruktur unter Teilnahme aller interessierten Parteien, vor allem natürlich der Arabischen Republik Syrien, der Führung der Arabischen Republik Syrien, der Opposition, der Länder der Region und aller, die in diesen Konflikt verwickelt sind, gebildet wird. Diese Struktur würde für die endgültige Normalisierung nach der Unterdrückung der letzten Terroristen-Herde zuständig sein“, betonte Putin.

Dies hänge unter anderem mit dem Abzug aller Streitkräfte aus Syrien sowie mit dem Wiederaufbau der syrischen Staatlichkeit in vollem Umfang bei Erhaltung ihrer territorialen Integrität zusammen.

„Wir haben immer gesagt, dass dies voll und ganz der russischen Position entspricht“, fügte Putin hinzu.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“* in Syrien und im Irak verkündet. In einigen Regionen dieser Länder dauern noch Kämpfe gegen Terroristen an. Die größte Aufmerksamkeit wird gegenwärtig der politischen Regelung, dem Wiederaufbau Syriens und der Rückkehr von Flüchtlingen geschenkt.

de.sputniknews.com: **Russlands Außenamt kommentiert Einstellung von Sputnik-Radiosendungen in Deutschland**

In der Einstellung der Sendungen von Radio Sputnik in Deutschland ist laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, eine politische Komponente sichtbar. „Der Radiosender SNA, eine Struktureinheit der internationalen Nachrichtenagentur Sputnik (gehört zum Medienhaus ‚Rossija Segodnya‘ - Anm. d. Red.) - wird ab dem 1. März gezwungen sein, den Sendebetrieb in Berlin und im benachbarten Bundesland Brandenburg einzustellen“, sagte Sacharowa bei einem Briefing.

Zuvor seien die Radiosendungen im Frequenzbereich von MEGA Radio ausgestrahlt worden, so die Sprecherin. Ihr zufolge wurde Ende vorigen Jahres der Antrag des Senders auf eine Dauerlizenz vom Regulator abgeschlagen. Die Weigerung sei unter anderem damit motiviert worden, dass MEGA Radio vom Medienhaus „Rossiya Segodnya“ finanziell abhängig sei. Dabei habe der Regulator offiziell keinen Einspruch gegen den Inhalt der Sendungen erhoben, so Sacharowa.

„Angesichts der zunehmend schlechten Atmosphäre um die russischen Massenmedien in Deutschland kann man nicht umhin, in der Situation mit Sputnik eine politische Komponente zu sehen. Wir rufen die deutschen Behörden auf, vom Prinzip der Gewährleistung der Meinungsfreiheit bei der Regelung der Medientätigkeit auszugehen“, betonte Sacharowa.

Ab dem 1. März wird SNA-Radio, das Radioprogramm von Sputniknews, in Berlin und Brandenburg abgeschaltet. Der Sender MEGA Radio muss seinen Betrieb einstellen. Grund dafür ist eine Entscheidung der Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb).

Die Multimediengruppe Sputnik 24 hatte am 24. Dezember 2014 die deutschsprachige analytische Online-Ressource de.sputniknews.com und SNA-Radio gestartet. Dieses Medium bietet eine alternative Auffassung zu den Ereignissen in Deutschland und berichtet über etliche Ereignisse in der Welt, denen die wichtigsten europäischen Medien weniger Beachtung schenken.

Wpered.su: Schüler aus Makejewka und Donezk schrieben Briefe an den Genossen Artjom

Februar und März sind besondere Monate in der Geschichte unserer Heimat. Am 12. Februar

1918 wurde die Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik gegründet, am 14. Februar wurde die Regierung der Republik gebildet, am 18. März drangen deutsche Truppen in die DKSR ein, am 17. Februar 1919 wurde die Republik aufgelöst und am 19. März in die USSR eingegliedert. Am selben Tag wird der Geburtstag von Fjodor Sergejew (Artjom) begangen, der der Gründer der Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik war.

Heute ist die DVR der Nachfolger der DKSR. Die Prinzipien des Aufbaus unserer Republik wurden in der Deklaration und im Akt über die Ausrufung der staatlichen Eigenständigkeit niedergelegt und vom Volk des Donbass im Ergebnis des Referendums am 11. Mai 2014 unterstützt.

An diesen für die Geschichte unseres Gebiets wichtigen Tagen schrieben Schüler von Schulen aus Makejewka und Donezk Briefe an den Genossen Artjom, in denen sie allen Einwohnern unserer Republik von ihrem Leben in der jungen Republik, über Verwerfungen und Entbehrungen, die sie im Zusammenhang mit dem Krieg durchleben mussten, über die Ereignisse, die Fjodor Andrejewitsch nicht mehr erlebte sowie über ihre Träume und Wünsche erzählten.

„Die Kinder haben sich aktiv am Briefeschreiben beteiligt. Jeder von ihnen ist besonders. Es ist spürbar, dass die Kinder ihre Seele in sie gelegt haben, ihre Gefühle deutlich zum Ausdruck gebracht haben, ihr Wissen über die historischen Fakten gezeigt haben. Heute wissen die Jugendlichen und selbst die Erwachsenen nicht alle über die Ereignisse vor 100 Jahre Bescheid. Es ist notwendig, unsere Mitbürger und unsere Gegner dabei so oft wie möglich an die Geschichte zu erinnern, die nicht ausgelöscht, nicht verzerrt und in keinem Fall vergessen werden darf. Wir sind verpflichtet uns daran zu erinnern und das Andenken der Vorfahren zu ehren“, sagte der zweite Sekretär des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR Anton Sajenko einem Korrespondenten von „Wperjod“.

Insgesamt haben nach den Worten Anton Sajenkos am Schreiben der Briefe an den Genossen Artjom mehr als 100 Kinder und Jugendliche unserer Republik teilgenommen. Diese Initiative wird weiter unterstützt und weitergeführt werden.

de.sputniknews.com: **Polen will seine Armee für 50 Milliarden US-Dollar modernisieren**
Warschau will seine Armee modernisieren und für diesen Zweck in den nächsten Jahren bis zu 50 Milliarden US-Dollar ausgeben. Das teilte der Minister für nationale Verteidigung Polens, Mariusz Błaszczak, am Donnerstag mit.

„Ich habe eines der wichtigsten Dokumente unterzeichnet – den Plan der technischen Modernisierung bis zum Jahr 2026. Das gesamte Programm ist 185 Milliarden Zloty (knapp 49 Milliarden US-Dollar) wert (...). Gemäß den Plänen sollen unter anderem die operativen Möglichkeiten der Armee erweitert sowie moderne Waffen gekauft werden“, sagte der Minister.

Am 13. Februar wurde mitgeteilt, dass Warschau mit Washington einen Vertrag über die Lieferung US-amerikanischer Raketenkomplexe HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) unterzeichnet hatte. Błaszczak zufolge werden diese Waffen die Sicherheit Polens gewährleisten und die Kampffähigkeit seiner Armee erhöhen.

Demnach erhält Polen 20 HIMARS-Startrampen samt Munition sowie ein Ausbildungs- und ein Logistikpaket. Der Abschluss hat einen Wert von insgesamt 414 Millionen US-Dollar.

abends:

de.sputniknews.com: **Nicht nur Reaktor-Abbau: USA fordern von Nordkorea eine weitere Maßnahme**

Über den Abbau des Atomreaktors im nordkoreanischen Yongbyon hinaus haben die USA beim jüngsten Gipfeltreffen in Hanoi eine weitere Maßnahme gefordert, meldet die

südkoreanische Agentur Yonhap unter Berufung auf Nordkoreas Außenminister Ri Yong-ho. Der Minister betonte, die jetzige Position Nordkoreas werde sich nicht ändern, selbst wenn die USA den Wunsch hätten, neu zu verhandeln.

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor erklärt, dass der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un bei einem Treffen mit ihm einer Demontage des Kernreaktors in Yongbyon zugestimmt habe, und zwar im Austausch gegen die Aufhebung der Sanktionen.

Trump und Kim hatten am Mittwoch und Donnerstag in Hanoi ihr zweites Gipfeltreffen abgehalten, bei dem keinerlei Dokumente unterzeichnet wurden. Wie Trump auf einer anschließenden Pressekonferenz sagte, hätten die Differenzen mit Nordkorea nicht die Aufhebung der Sanktionen betroffen, sondern Pjöngjang sei in „einer anderen Sphäre“ keine Zugeständnisse eingegangen.

de.sputniknews.com: **UN: Beide Venezuela-Resolutionen gescheitert**

Der UN-Sicherheitsrat hat sich am Donnerstag nicht auf eine Resolution zur Venezuela-Krise einigen können. Die beiden Entwürfe, die von den USA bzw. von Russland eingebracht worden waren, lehnte das Weltgremium ab.

Der US-Entwurf, der unter anderem neue Präsidentschaftswahlen in dem südamerikanischen Krisenstaat unter internationaler Beobachtung verlangte, scheiterte am Veto Russlands und Chinas.

Das russische Außenministerium hatte das Papier bereits zuvor als eine „Mischung aus Demagogie, klischeehaften Anschuldigungen und ultimativen Forderungen“ kritisiert.

„Wäre diese Resolution durchgegangen, hätte der UN-Sicherheitsrat das erste Mal in der Geschichte den Präsidenten eines souveränen Staates abgesetzt und einen anderen ernannt“, kommentierte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja nach der Abstimmung. „Ist das etwa die Weltdemokratie in Aktion?“, fragte er.

Kurz danach stimmte das Weltgremium über einen weiteren Resolutionsentwurf, der von Russland stammte. Der Entwurf, der unter anderem einen Dialog unter internationaler Vermittlung forderte, wurde ebenfalls abgelehnt.

Venezuela ist seit vielen Monaten mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert. Der Bevölkerung des ölreichsten Landes der Welt mangelt es an Lebensmitteln und Medikamenten. Vor diesem Hintergrund kommt es zu Protesten gegen Staatschef Nicolás Maduro. Als die Proteste Ende Januar eskalierten, erklärte Oppositionschef Juan Guaidó Präsident Maduro für abgesetzt und sich selbst zum Übergangs-Staatschef.

In den Folgewochen kam es zu Massendemos zur Unterstützung des gewählten Präsidenten Maduro. Die USA und ihre Verbündeten stellten sich klar hinter Guaidó. Russland, China und eine Reihe anderer Länder bekundeten Maduro ihre Unterstützung.